

Vorlage Federführende Dienststelle: Fachbereich Stadtentwicklung und Verkehrsanlagen Beteiligte Dienststelle/n:	Vorlage-Nr: FB 61/0792/WP17 Status: öffentlich AZ: Datum: 27.09.2017 Verfasser: Dez. III / FB 61/300						
Infrastruktur für Elektromobilität im Stadtbezirk Aachen-Richterich Antrag der SPD-Fraktion in der Bezirksvertretung Aachen-Richterich vom 23. Juni 2017 und Antrag der CDU-Fraktion in der Bezirksvertretung Aachen-Richterich vom 06.09.2017							
Beratungsfolge: <table border="1"> <thead> <tr> <th data-bbox="188 757 379 786">Datum</th> <th data-bbox="387 757 954 786">Gremium</th> <th data-bbox="962 757 1374 786">Zuständigkeit</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td data-bbox="188 797 379 819">11.10.2017</td> <td data-bbox="387 797 954 819">Bezirksvertretung Aachen-Richterich</td> <td data-bbox="962 797 1374 819">Entscheidung</td> </tr> </tbody> </table>		Datum	Gremium	Zuständigkeit	11.10.2017	Bezirksvertretung Aachen-Richterich	Entscheidung
Datum	Gremium	Zuständigkeit					
11.10.2017	Bezirksvertretung Aachen-Richterich	Entscheidung					

Beschlussvorschlag:

Die Bezirksvertretung Aachen-Richterich nimmt die Ausführungen der Verwaltung zustimmend zur Kenntnis. Die Verwaltung wird beauftragt, unter Berücksichtigung der in der Vorlage dargestellten Rahmenbedingungen, Gespräche mit der STAWAG, Velocity und Cambio zu führen und über die Ergebnisse und die weiteren Umsetzungsschritte zu informieren. Die Anträge gelten damit als behandelt.

Finanzielle Auswirkungen

	JA	NEIN	
		x	

Investive Auswirkungen	Ansatz 20xx	Fortgeschriebe- ner Ansatz 20xx	Ansatz 20xx ff.	Fortgeschriebe- ner Ansatz 20xx ff.	Gesamt- bedarf (alt)	Gesamt- bedarf (neu)
Einzahlungen	0	0	0	0	0	0
Auszahlungen	0	0	0	0	0	0
Ergebnis	0	0	0	0	0	0
+ Verbesserung / - Verschlechterung	<i>0</i>		<i>0</i>			
	Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden		Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden			

konsumtive Auswirkungen	Ansatz 20xx	Fortgeschriebe- ner Ansatz 20xx	Ansatz 20xx ff.	Fortgeschriebe- ner Ansatz 20xx ff.	Folgekos- ten (alt)	Folgekos- ten (neu)
Ertrag	0	0	0	0	0	0
Personal-/ Sachaufwand	0	0	0	0	0	0
Abschreibungen	0	0	0	0	0	0
Ergebnis	0	0	0	0	0	0
+ Verbesserung / - Verschlechterung	<i>0</i>		<i>0</i>			
	Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden		Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden			

Erläuterungen:

Die SPD und die CDU in der Bezirksvertretung Aachen-Richterich beantragen, dass die Verwaltung die elektromobile Infrastruktur im Stadtbezirk Richterich verbessern soll. Hierzu sollen Verhandlungen mit der STAWAG und Velocity mit dem Ziel aufgenommen werden, öffentliche Stromladestationen und eine Velocity-Station im Bereich des Bezirksamtes einzurichten (s. Anlage 1 und Anlage 2).

Stellungnahme der Verwaltung

Die Stadt Aachen ist im Rahmen eines Förderprojektes des Landes NRW als Modellstadt für emissionsfreie Mobilität ausgewählt worden. Ein Ziel ist unter anderem die drohenden Dieselfahrverbote in der Innenstadt durch die weitere Förderung der Elektromobilität zu verhindern. In Arbeit ist die Strategie Elektromobilität im Rahmen der Verkehrsentwicklungsplanung, die Implementierung multimodaler Mobilitätsangebote, der Ausbau der Ladeinfrastruktur, die Elektrifizierung des ÖPNV und die Umstellung der Dienstmobilität der Verwaltungsmitarbeitenden auf Elektro-Fahrzeuge und Pedelecs (Projekt „Flottenmanagement“).

Die Stadt Aachen unterstützt weiterhin den Ausbau des stationären Velocity Pedelec-Verleihsystems.

Darüber hinaus ist die Stadt Aachen in weiteren Förderprojekten eingebunden bzw. unterstützt koordinierend Förderprojekte, die zum Ziel haben, die elektromobile Infrastruktur –für öffentlich nutzbare Ladeinfrastruktur und auch für Car- und Bike-Sharing – sowohl in der Innenstadt als auch in den Stadtbezirken zu verbessern.

Ladeinfrastruktur

Für die grundsätzliche Strategie im Hinblick auf den Ausbau der Ladeinfrastruktur im öffentlichen Raum finden derzeit weitere Abstimmungen statt. Hierzu sind ggfs. entsprechende Finanzpositionen im Haushalt der Stadt Aachen einzurichten.

Im Zuge der Einführung des kommunalen Flottenmanagements bei der Stadt Aachen, das voraussichtlich im November starten wird, ist in einem zweiten Schritt auch an den Bezirksamtern geplant, Elektrofahrzeuge für emissionsfreie Mitarbeitermobilität/Dienstfahrten zur Verfügung zu stellen. Es ist vorgesehen, dass diese Fahrzeuge nach Dienstschluss auch von privaten Nutzern gebucht werden können. Voraussetzung hierfür ist auch die Schaffung der erforderlichen Ladeinfrastruktur.

Cambio Carsharing

Derzeit gibt es eine Cambio-Station im Stadtbezirk Richterich. Die Stadtverwaltung wird mit Cambio Gespräche über den weiteren Stationsausbau im Stadtbezirk Richterich und den Einsatz von Elektrofahrzeugen an den entsprechenden Standorten führen.

Velocity Aachen

Velocity hat in Aachen, vornehmlich in der Innenstadt, bereits 16 Pedelecverleihstationen errichtet. Bis zum Ende des Jahres 2017 hat Velocity den Aufbau von insgesamt 30 Stationen angekündigt. Innerhalb der nächsten Jahre wird ein Ausbau des Stationsnetzes auf 100 Stationen angestrebt. Um das derzeit wachsende Stationsnetz von Velocity auch in die Bezirke auszudehnen, hat Velocity gemeinsam mit der RWTH Aachen einen Förderantrag zu einem Forschungsprojekt gestellt, das

untersuchen soll, unter welchen Bedingungen eine Veränderung der Mitarbeitermobilität erreicht werden kann. Im Zuge dieses Programms ist geplant, an allen Bezirksverwaltungsstellen eine Velocity-Station zu errichten. Es ist davon auszugehen, dass eine Bewilligung und Umsetzung im Jahr 2018 erfolgen kann.

Zusammenfassung und weiteres Vorgehen

Die Stadtverwaltung ist bestrebt, im Rahmen von diversen Förderprojekten den Ausbau der elektromobilen Infrastruktur und von elektromobilen Angeboten auch in den Stadtbezirken voranzutreiben. Derzeit sind insbesondere noch finanzielle Rahmenbedingungen zu klären. Für alle Angebote gilt zudem, dass sinnvolle Flächen festgelegt werden müssen. Sobald die finanziellen und vertraglichen Voraussetzungen für den weiteren Ausbau geregelt sind, werden mögliche Flächen in der Nähe der Bezirksämter mit der Bezirksverwaltung und der Bezirksvertretung abgestimmt.

Anlage/n:

Anlage 1: Antrag der SPD-Fraktion vom 23. Juni 2017

Anlage 2: Antrag der CDU-Fraktion vom 06.09.2017